Antrag 2023/II/Ges/7

Kreis Bergedorf

Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren! (Bundesebene)

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD
2 weiterleiten:

3 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
4 werden aufgefordert, sich für eine Verstetigung und bedarfsgerechte Ausfinanzierung der psy-
5 chosozialen Hilfe für geflüchtete Menschen einzusetzen, mindestens in dem im Koalitionsver-
6 trag (S. 111) festgelegten Umfang.

7 Begründung

8 Im derzeitigen Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 ist vorgesehen, die psychosoziale Hilfe für
9 Geflüchtete um zehn Millionen Euro, das sind etwa 60 % des derzeitigen Budgets, zu kürzen.
10 Diese drastische Kürzung bedeutet, dass unterstützungsbedürftige Menschen keine Hilfe be-
11 kämen, dass bestehende Therapien abgebrochen werden und Angebote dauerhaft geschlossen
12 werden müssten.

13 Tatsächlich sind die bereits jetzt bestehenden Angebote nicht ausreichend und werden dem Be-
14 darf in dieser aufgrund ihrer Leidens- und Fluchtgeschichte überproportional von teils schwe-
15 ren Traumata und psychischen Erkrankungen betroffenen Gruppe nicht gerecht. Es sind also
16 eine Verstetigung und bedarfsgerechte Ausfinanzierung der bestehenden Angebote nötig.